

Medienmitteilung des Schweizerischen Friedensrates vom 14.1.09

Katastrophaler Beschluss zu den Eritrea-Deserteuren:
Bundesrat betreibt Kriegsförderungspolitik

Der Schweizerische Friedensrat SFR ist zutiefst empört über den heutigen Entscheid des Bundesrates, Wehrdienstverweigerung und Desertion ausdrücklich als Asylgrund verbieten zu wollen. Damit stützt er die schlimmsten Regime auf dieser Welt, die ihre Jugend in den Kriegsdienst für Aggressionskriege zwingen. Eine solche Politik ist mit der Schweizer Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat nicht vereinbar.

Die heute in die Vernehmlassung geschickte erneute Asylgesetzrevision wärmt einen Vorstoss des ehemaligen Justizministers Blocher auf, der mittels Notrecht die Anerkennung von Militärflüchtlingen zu verhindern versuchte. Mit dem ausdrücklichen Ausschluss von Kriegsdienstverweigerung und Desertion als Fluchtgrund würde erstmals in der langen Reihe der Asylgesetzrevisionen der letzten Jahre die alle eine Beschneidung des Asylrechts zum Ziel hatten der Flüchtlingsbegriff materiell massiv eingeschränkt.

Tatsächlich ist die Zahl der Flüchtlinge aus Eritrea in den letzten Jahren massiv gestiegen, von 159 im Jahre 2005 eingereichten Asylgesuchen auf 1201 Gesuche 2006, auf 1662 im Jahre 2007 sowie im letzten Jahr auf nicht weniger 2849 Gesuche. Dies beweist, dass sich die Verhältnisse in der afrikanischen Krisenregion zwischen Äthiopien und Eritrea und vor allem die rigide Verfolgung von Deserteuren aus militärischen und zivilen¹ Zwangsinstitutionen dramatisch verschärft haben.

Ein Bericht des amerikanischen Staatsdepartementes hat schon 2006 eine Verschlechterung der Menschenrechtslage in Eritrea festgestellt, die von strenger Einschränkung der Meinungsäusserungs- und Religionsfreiheit, von politischer Beeinflussung der Justiz, von willkürlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte und namentlich von speziellen Massnahmen gegen Dienstverweigerer und ihre Familien reichen. Die jungen Eritreer verlassen ihr vom Staatsterror geprägtes Land in Scharen und suchen Schutz vor Krieg und Verfolgung in der Schweiz und stellen heute den grössten Anteil an Asylgesuchstellern in der Schweiz.

Anstatt dass die Schweiz stolz ist, mit ihrer Flüchtlingspolitik ein Zeichen gegen Krieg und Unterdrückung setzen zu können, indem sie den jungen Leuten, die sich weigern, an Gewalt, Krieg und Vernichtung teilzunehmen, will sie diese friedenswilligen Leute zurück in den Zwangskriegsdienst zwingen. Das spottet jeder Humanität. Und es ist auch ein Ausdruck von politischer Schizophrenie. Während hierzulande die Jugendgewalt in höchsten Tönen beklagt und mit allen möglichen Mitteln bekämpft wird, sollen Jugendliche, die ausdrücklich nicht Gewalt ausüben wollen, in Kriegsgebiete zurückgeschickt werden. Der Schweizerische Friedensrat hofft, dass die eidgenössischen Räte Vernunft und Augenmass behalten und diese Vorlage zurückweisen werden.

Für Nachfragen: Peter Weishaupt, 044 242 93 21, info@friedensrat.ch

--

Schweizerischer Friedensrat SFR
Swiss Peace Council
Postfach 1808, 8021 Zürich
Fon 044 242 93 21, Fax 044 241 29 26
info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1, SFR Zürich